

SO GESEHEN

RUSSLAND UND DIE EU

Raus aus der Energieklammer!



VON GREGOR MAYNTZ, BÜRO BERLIN

Annalena Baerbock hat die richtige Reihenfolge gewählt. Erst Kiew, dann Moskau. Allerdings hätte sie nicht nur rote Rosen für das Denkmal der Aufstandspfer im Gepäck haben sollen. Es ist Zeit, die Gesten durch Taten zu unterstreichen. Dazu gehört es, die Bitte der Ukrainer um Defensivwaffen nicht mehr einfach vom Tisch zu wischen. Wenn Deutschland den Kurden im Kampf gegen den Islamischen Staat Hunderte von Panzerabwehrraketen lieferte, wissend, dass sie unmittelbar zum Einsatz kämen, dann sollte die Lieferung derartiger Milan an die Ukraine kein Tabu sein. Sie könnten helfen, eine Aggression zu verhindern.

Dass Moskau die diplomatischen Bemühungen in Genf, Brüssel und Wien für „gescheitert“ erklärte und sich nicht einmal in der Lage sah, weitere Gespräche zu terminieren, lässt auf eine hinter dem aktuellen Truppenaufmarsch an der ukrainischen Grenze stehende Strategie schließen. Vollmundig reklamiert der Kreml alle Gebiete, die früher zur Sowjetunion gehören, als Nato-freie Zone. Das westliche Bündnis soll sogar seinen Militärschutz aus den drei baltischen Mitgliedsstaaten abziehen.

Das weitere Heranführen schwerer Waffen und moderner Kriegstechnik an die ukrainische Grenze wird begleitet von Cyber-Attacken auf die Ukraine und andere Staaten. Zugleich läuft eine Welle der Falschinformationen in Russland über die angeblich bedrohliche Entwicklung in der Ukraine. Das alles zusammen ist schwerlich anders zu interpretieren als feste Entschlossenheit zur Gewaltanwendung. Möglicherweise kennt Moskaus Machthaber Wladimir Putin bereits den Zeitplan für inszenierte Provokationen unter falscher Flagge, um einen Angriff zu rechtfertigen.

In die Hände spielt ihm die Strategie des Bundeskanzlers, die Erdgaspipeline Nordstream 2 als privatwirtschaftliche Angelegenheit abzutun. Solange Russland „nur“ die Krim nicht hergab und die Ost-Ukraine destabilisierte, ließ sich mit dem Pipeline-Projekt am Druck des Westens vorbeilavieren. In Zeiten neuer und größerer russischer Aggressionen klappt das nicht mehr. Solange Putin aus Deutschland das Mehrfachsignal aus unklaren Sanktionsdrohungen, unterbleibender Ukraine-Verteidigungshilfe und anhaltenden Deviseneinnahmen bekommt, kann er ein wirkliches Stoppzeichen nicht erkennen.

Das Ende der Pipeline kann nur der Anfang eines gewaltigen Umsterns sein. Die Energie-Abhängigkeit Europas von Russland ist zu groß. Sie muss angesichts der Hegemonie-sucht Russlands schnell reduziert werden. Auch zu sehr hohen Kosten. Denn ein Europa, das von Russland gefügig gemacht werden soll, muss sich schnellstmöglich aus russischer Abhängigkeit lösen. Sonst kommen noch ganz andere Kosten auf den Kontinent zu.

@ Den Autor erreichen Sie unter forum@infoautor.de

PRESSESTIMME

Zur Djokovic-Corona-Affäre in Australien schreibt die

Neue Zürcher Zeitung

Es war das lächerliche Ende einer unwürdigen Affäre, die vor allem Verlierer produzierte. Der erste Verlierer ist natürlich Djokovic, der sich in die Idee verrannt hatte, als Ungeimpfter am Australian Open teilzunehmen. Verlierer ist überdies die australische Regierung, welche mit der absurden Argumentation, der weltbeste Tennisspieler sei eine Gefahr für das Land, die Gewaltentrennung außer Kraft gesetzt und einen ersten Richterspruch missachtet hat. Ver-

lierer sind aber auch die Organisatoren des Australian Open, die Djokovic mit einer Ausnahmegenehmigung ins Land gelockt hatten, die sich später als wertlos und eigentlicher Ursprung der Posse erwies. Unbeantwortet bleibt bis heute die Frage, wer Novak Djokovic als Ungeimpftem eine Sondergenehmigung zur Einreise nach Australien in Aussicht gestellt hatte. Darauf hatte sich der Weltranglisten-erste verlassen und war deshalb zum Spielball des politischen Populismus der Regierung von Premierminister Scott Morrison geworden. Djokovic ist nicht schuldlos an der Eskalation. Doch mehr noch als Täter ist er ein Opfer.

SO SIEHT ES JÜRGEN TOMICEK



Wind-Rad

ZEICHNUNG: JÜRGEN TOMICEK

Eiskalt geplanter Völkermord

GESCHICHTE Vor 80 Jahren fand die Wannsee-Konferenz in Berlin statt

VON JOACHIM HEINZ

Am 20. Januar 1942 betrug die Mittagstemperatur in Berlin gerade einmal minus 12 Grad. Was sich vor 80 Jahren in einer Villa am Wannsee abspielte, lässt einem allerdings auch heute noch das Blut in den Adern gefrieren. In eiskalter Bürokratensprache hielten da 15 Männer fest, wie sie für das nationalsozialistische Regime die „europäische Judenfrage“ zu lösen gedachten. „Technisch handelte es sich um eine der üblichen Staatssekretärkonferenzen, die an die Stelle der von Hitler unterbunden Kabinettsitzungen traten“, schreibt der Historiker Hans Mommsen. Ungewöhnlich war insbesondere, wie offen die Ergebnisse des Treffens festgehalten wurden.

Alle in einem Boot

Mommsens Kollege Peter Longeric bezeichnet das Protokoll der Wannseekonferenz, von dem lediglich ein einziges Exemplar erhalten ist, deswegen als „Ausnahme“. In „kaum verklausulierter Form“ sei über einen „Gesamtplan zur europäischen Judenfrage“ diskutiert worden. „Und zwar in einer Art und Weise, die deutlich macht, dass dieses Jahrhundertverbrechen über SS, Sicherheitspolizei und Sicher-

heitsdienst hinaus aktiv durch Reichskanzlei, Justiz, Innenministerium, Auswärtiges Amt, zivile Besatzungsbehörden, Vierjahresplan (also die oberste Instanz der Rüstung) sowie Partei mitgetragen und mitverantwortet wurde.“

Eingeladen hatte der Chef des Reichssicherheitshauptamts, Reinhard Heydrich. Der machtbewusste Karrierist stand unter nicht unerheblichem Druck. Bereits im Sommer 1941 hatte ihn Reichsmarschall Hermann Göring beauftragt, einen Plan zur „Gesamtlösung der Judenfrage in Europa“ vorzulegen.

Zeitgleich drückte unter anderen der Reichsführer SS Heinrich Himmler aufs Tempo. Hinzu kamen weitere Faktoren, die spätestens ab Herbst 1941 zu einer massiven Radikalisierung der NS-Judenpolitik beitrugen. Darunter fielen die beginnenden Deportationen von deutschen Juden ebenso wie die von Longeric unter dem Begriff „regionale „Endlösungen““ zusammengefassten Mordaktionen mithilfe von Gas.

Passend zu alledem machte Heydrich die Anwesenden einleitend darauf aufmerksam, dass die Federführung in dieser Angelegenheit „ohne Rücksicht auf geografische Grenzen“ und „zentral“ bei ihm selbst liege. Sein eigent-

cher Plan findet sich ab Seite sieben des Wannsee-Protokolls. Einen Sieg über die Sowjetunion voraussetzend, schwebte Heydrich vor, den Großteil der von den Behörden erfassten rund elf Millionen europäischen Juden als Zwangsarbeiter „straßenbauend“ in den Osten zu führen, „wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird“. Der verbleibende „Restbestand“ müsse „entsprechend behandelt“ werden. Das hieß im Klartext nichts anderes, als sämtliche Juden „in einem wohl noch nicht bestimmten Zeitraum physisch auszulöschen“, wie Experte Longeric schreibt.

Grauen der Realität

Die Wirklichkeit überbot die auf der Wannsee-Konferenz erörterten Pläne noch einmal an Grausamkeit. Bereits ein knappes halbes Jahr später ging die SS auf Betreiben Himmlers dazu über, ungeachtet des Kriegsverlaufs und in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Juden zu ermorden.

Heydrich war zudem Anfang Juni 1942 an den Folgen eines Attentats gestorben, was Anlass zu der als Vergeltungsoperation deklarierten „Aktion Reinhardt“ bildete.

Was nun massenhaft ge-

ZITAT

Die Wirklichkeit überbot die auf der Wannsee-Konferenz erörterten Pläne noch einmal an Grausamkeit.

schah, schilderte SS-Obersturmführer Kurt Gerstein am Beispiel des Vernichtungslagers Belzec: „Männer, Frauen, Kinder, Säuglinge, Beinamputierte, alle nackt, vollkommen nackt, gehen an uns vorüber. In einer Ecke steht ein launhafter SS-Mann, der diesen Armen mit salbungsvoller Stimme erklärt: „Nicht das geringste wird euch passieren.“ Die wehrlosen Opfer zogen weiter in die Kammern – in die dann Motorgas geleitet wurde. „Nach 32 Minuten endlich ist alles tot.“ Wie „Basaltsäulen“ standen die Ermordeten Gerstein zufolge in den Kammern. „Selbst im Tode erkennt man noch die Familien, die sich noch die Hand drücken.“

Die Wannsee-Konferenz war insofern nur eine, wenn auch keineswegs unwichtige Etappe auf dem Weg zum Holocaust – an dessen Ende rund sechs Millionen ermordete Juden standen.

ZITATE DES TAGES



Politische Einstellungen werden oft vererbt und weitergegeben. Viele Menschen sind 1989 auf die Straße gegangen und haben damit die friedliche Revolution erst möglich gemacht.

Carsten Schneider (SPD),
Ostbeauftragter der Bundesregierung,
Zu den Corona-Protesten in den Neuen Ländern



Priorität für eine deutsche Innenministerin muss jetzt sein, klare Stoppsignale zu senden und keine neuen Einladungen zu verteilen.

Christoph de Vries,
CDU-Innenexperte,
zu den Plänen der Ampel für eine „Koalition der Aufnahmewilligen“ bei Einwanderung nach Europa